

HANS KELSEN

VOM WESEN UND WERT  
DER DEMOKRATIE

NEUDRUCK DER ZWEITEN,  
UMGEARBEITETEN AUFLAGE VON 1929



1963

SCIENTIA VERLAG AALEN

# INHALT

	Seite
Vorbemerkung . . . . .	I—2
Demokratie als Schlagwort. — Demokratie als Problem: Bolschewismus und Faschismus gegen Demokratie.	
I. Die Freiheit . . . . .	3—13
Freiheit und Gleichheit: Die Ideen der Demokratie. — Der Bedeutungswandel der Idee der Freiheit. — Die natürliche und die soziale Freiheit. — Die natürliche und die soziale Gesetzlichkeit. — Von der Freiheit der Anarchie zur Freiheit der Demokratie. — Stimmeneinhelligkeit als Garantie der Freiheit. — Der konstituierende Staats- (Gesellschafts-) Ver- trag. — Das Majoritätsprinzip. — Das Majoritätsprinzip als möglichste Annäherung an die Idee der Freiheit. — Demo- kratismus und Liberalismus. — An Stelle der Freiheit des Individuums: die Freiheit des Kollektivums. — Die ideo- logische Bedeutung der Staatspersonifikation. — Die Volks- souveränität und der Freistaat. — Der Zwang zur Freiheit.	
II. Das Volk . . . . .	14—25
Ideologie und Realität. — Demokratie als Volksherrschaft. — Das »Volk« als Einheit. — Das die Einheit konstituierende Moment: die Rechtsordnung. — Staat und Volk. — Volk als Subjekt und als Objekt der Herrschaft. — Volk als Inbegriff der politisch Berechtigten. — Ausschluß der Sklaven, Frauen und Staatsfremden. — Bedeutung der Staatsbürgerschaft. — Idealbegriff und Realbegriff des Volkes. — Die politischen Parteien. — Verfassungsmäßige Verankerung der politischen Parteien. — Partei und Staat. — Die Parteifeindlichkeit der Monarchie. — Die Demokratie notwendig Parteienstaat. — Der angebliche Wesensgegensatz zwischen Partei und Staat. Interessen- und Weltanschauungsparteien. — Der Staat als Interessenorganisation. — Die Fiktion des »überparteilichen«	

Gesamtinteresses. — Der Staatswille als Resultante der Parteistrebungen. — Demokratisierung des Parteelebens. — Rousseaus Zweifel an der Möglichkeit der Demokratie. — Die unmittelbare und die mittelbare Demokratie.

III. Das Parlament . . . . . 26—37

Der Parlamentarismus das politische Ideal des 19. Jahrhunderts. — Die Parlamentsmüdigkeit des 20. Jahrhunderts. — Der Parlamentarismus: das Schicksal der Demokratie. — Das Wesen des Parlamentarismus. — Die politische Selbstbestimmung als Grundprinzip des Parlamentarismus. — Die Notwendigkeit der sozialen Arbeitsteilung. — Der Parlamentarismus als Kompromiß zwischen der Idee der Freiheit und dem Bedürfnis nach differenzierender Arbeitsteilung. — Die Fiktion der Repräsentation. — Die rechtliche Unabhängigkeit des Parlaments vom Volk. — Die reale Funktion der Repräsentationsfiktion. — Der fiktive Charakter der Repräsentationstheorie als Argument gegen den Parlamentarismus. — Reform oder Beseitigung des Parlamentarismus. — Strukturanalyse des Parlamentarismus: Kollegialorgan zur Erzeugung genereller Normen. — Auch in der Autokratie zeigen sich Tendenzen zur Bildung eines solchen Organs. — Die Natur der Gemeinschaftswillensbildung: Konkretisierung genereller Normen. — Der Stufenbau der Gemeinschaftsordnung. — In primitiven Gemeinschaften. — Nicht Beseitigung, nur Reform des Parlamentarismus.

IV. Die Reform des Parlamentarismus . . . . . 38—46

Die Verstärkung des demokratischen Elementes. — Das Referendum. — Die Volksinitiative. — Das imperative Mandat. — Die Kontrolle der Abgeordneten durch die Wähler. — Das unzeitgemäße Privileg der Immunität. — Die Verantwortlichkeit der Abgeordneten gegenüber den Wählern. — Speziell bei Wahl mit gebundener Liste. — Das Abberufungsrecht. — Volksfremdheit und mangelnde Fachkenntnisse des Parlaments. — Fachparlamente. — Fachausschüsse. — Wirtschaftsparlament. — Zweikammersystem.

V. Die berufsständische Vertretung . . . . . 47—52

»Mechanische« und »organische« Gliederung. — Schwierigkeiten der berufsständischen Organisation. — Berufsständische

Gruppen: Interessengemeinschaften. — Konkurrenz zwischen berufsständischen und andersartigen, z. B. ethischen, ästhetischen usw. Interessen. — Tendenz weitgehender Differenzierung innerhalb der berufsständischen Organisation. — Entscheidung von Interessenkonflikten zwischen den berufsständischen Gruppen. — Mangel eines eigenen Integrationsprinzipes. — Das Ständeparlament. — Die Rangordnung der berufsständischen Gruppen. — Abstimmungsmodus im Ständeparlament. — Bloß beratende, nicht entscheidende Funktion des Ständeparlaments. — Die berufsständische Organisation als Form der Klassenherrschaft. — Berufsstände und Klassenkampf.

VI. Das Majoritätsprinzip . . . . . 53—68

Das parlamentarische Majoritätsprinzip und die Klassenherrschaft. — Der Minoritätsschutz. — Die Grund- und Freiheitsrechte. — Ihr Bedeutungswandel. — Ihre verfassungsmäßige Garantie als Schutz der Minorität. — Ideologie und Realität des Majoritätsprinzipes. — Die soziale Integration durch das Majoritätsprinzip. — Majoritätsprinzip und Majoritätsherrschaft. — Das Majoritäts-Minoritätsprinzip. — Das Kompromiß. — Der Sinn des parlamentarischen Verfahrens. — Majoritäts- oder Proportionalwahlsystem. — Personalitätsprinzip und Territorialitätsprinzip. — Die Einstimmigkeit im Proporz. — Die Idee der Selbstbestimmung (Freiheit) als Grundlage des Proportionalwahlsystems. — Der Proporz als Rationalisierung des Wahlverfahrens. — Die Deklaration der tatsächlichen Interessenlage. — Der Einfluß der Minorität auf den Willen der Majorität. — Die Parteizersplitterung durch den Proporz. — Politische Integration (Majoritätsbildung) in der Wählerschaft oder im Parlament. — Begünstigung des Kompromisses durch den Proporz. — Die Obstruktion. — Die real-psychologische Struktur der Demokratie und der Autokratie. — Die Disposition zur Revolution. — Die Grenzen des Majoritätsprinzipes. — Das Majoritätsprinzip in der klassengespaltenen Gesellschaft. — Ablehnung des Majoritätsprinzipes: Ablehnung des Kompromisses. — Das Gleichgewicht der Klassenkräfte. — Die Demokratie: der Friede.

VII. Die Verwaltung . . . . . 69—77

Die Demokratisierung der Gesetzesvollziehung. — Die Idee der Legalität als Leitprinzip der Vollziehung. — Konflikt

zwischen Legalität und Demokratie auf der Stufe der Vollziehung. — Ministerial- und Kollegialsystem in ihrem Verhältnis zur Legalität. — Demokratisierung und Dezentralisation. — Demokratie der Gesetzgebung gefährdet durch Demokratie der Vollziehung. — Demokratie und Bürokratie. — Demokratisierung und Ermessensfreiheit. — Verbindung von Demokratie der Gesetzgebung mit Autokratie der Vollziehung: die gemischte Staatsform. — Die Kontrollinstitutionen: Verwaltungsgerichtsbarkeit und Verfassungsgerichtsbarkeit. — Die Entpolitisierung der Vollziehung. — Annäherung zwischen dem Realtypus der Demokratie und dem der Autokratie.

VIII. Die Führerauslese . . . . . 78—92

Ideologie und Realität der Demokratie. — Subjektiver und objektiver Sinn des sozialen Geschehens: — Führerlosigkeit als Ideal der Demokratie. — Führerschaft als Gesetzesvollziehung. — Parlament als Schranke der Regierung. — Die Lehre von der Gewaltentrennung. — Ideologie und Realität der Gewaltentrennung. — Die Gewaltentrennung als Prinzip der konstitutionellen Monarchie. — Angebliche Parität von Gesetzgebung und Vollziehung. — Die Präsidentschaftsrepublik. — Die Repräsentationsfiktion in der Autokratie. — Die Aufteilung der Macht als Funktion der Gewaltentrennung. — Gesetz der Erhaltung der politischen Energie. — Die Kreation der Führer: das Kernproblem der realen Demokratie. — Die Wahl. — Die Ideologie der Willensübertragung. — Wahl und Ernennung. — Das Problem der Autoritätsübertragung. — Die Fiktion der Volkssouveränität. — Autokephalie. — Führerideologie in der Autokratie. — Usurpation der Führerstellung. — Heterokephalie. — Kritik und Publizität. — Verantwortlichkeit. — Führerwechsel. — Verbreiterung der Basis für die Führerauslese. — Der Grundsatz: der Beste soll herrschen. — Korruption. — Enthüllung und Verhüllung. — Erziehung zur Demokratie.

IX. Formale und soziale Demokratie . . . . . 93—97

Die bürgerliche und die proletarische Demokratie. — Freiheit oder Gleichheit als Grundprinzip der Demokratie. — Das gleiche Maß von Gütern: ein reiches Maß. — Gleichheit als Gerechtigkeit. — Nicht Freiheit, sondern Gerechtigkeit. — Demokratie und Diktatur. — Die Verelendungstheorie als

Voraussetzung des demokratischen Ideals des Marxismus. — Das allgemeine Wahlrecht und die bürgerlichen Demokratien des 19. und 20. Jahrhunderts. — Die Ablehnung der Demokratie von Links und Rechts: ein Symptom des Gleichgewichts der Klassenkräfte.

X. Demokratie und Weltanschauung . . . . . 98—104

Staatsform und Staatsinhalt. — Neigung des Demokratis-  
mus zur Ueberschätzung der Form (Methode) der Staats-  
willensbildung. — Gottesgnadentum des Volkes. — Die Mehr-  
heit hat immer recht (Rousseau). — Die Mehrheit hat immer  
unrecht (Ibsen). — Die Einsicht in das absolut Gute. — Der  
Gegensatz von metaphysisch-absolutistischer und empirisch-  
relativistischer Weltanschauung und der Gegensatz von Auto-  
kratie und Demokratie. — Politischer Absolutismus und poli-  
tischer Relativismus. — Jesus und Pilatus.

Anmerkungen . . . . . 105—119

